



Thüringer Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende veröffentlicht Forderungspapier

Schwerpunkte der nächsten Legislatur müssen ein besser bezahlbarer ÖPNV, mit mehr alltagstauglichem Angebot und Gute Arbeit in der Mobilitätswirtschaft sein

Erfurt, 16.09.2024

Das Thüringer Bündnis für Sozialverträgliche Mobilitätswende hat sich im April 2024 gegründet und heute ein Forderungspapier der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Forderungen richten sich an die zukünftige Landesregierung, die Parteien der Regierungskoalition und alle demokratischen Fraktionen. Das Bündnis schreibt den Parteien ins Stammbuch, mehr für eine sozial gerechte und nachhaltige Mobilitätspolitik zu tun, den Zugang zu Mobilität für alle zu verbessern und damit effektiven Klimaschutz zu machen.

„Wir fordern konkrete Maßnahmen, um mit der Mobilitätswende in Thüringen, das vergleichsweise ländlich geprägt ist und wo der demografische Wandel immer spürbarer wird, voranzukommen“, sagt Katja Glybowski, Geschäftsführerin AWO Thüringen. „Als erste Maßnahme sollte die neue Landesregierung ein landesweit gültiges 29€-Ticket für junge Menschen bis 27 Jahre umsetzen und flächendeckend Sozialtarife für Menschen mit geringem Einkommen einführen. Darüber hinaus brauchen wir in Thüringen dringend eine bessere Anbindung für die Menschen, die jenseits der Städte in den ländlichen Räumen leben und arbeiten.“

Für mehr Alltagstauglichkeit müsse das Angebot in der Fläche verbessert werden. „Dazu gehören die Einrichtung neuer Strecken bzw. die Reaktivierung bereits stillgelegter ÖPNV-Verbindungen ebenso wie eine thüringen- oder deutschlandweite Vertaktung. Ansonsten haben die Menschen überhaupt keine Alternative zum eigenen Auto und das Nachsehen, wenn sie sich kein Auto leisten oder nicht fahren können“, ergänzt Robert Bednarsky, Vorsitzender BUND Thüringen.

Schließlich weist das Bündnis darauf hin, dass es ohne Fachkräfte kein hochwertiges Angebot geben wird. „Wir brauchen bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen in den Verkehrsunternehmen, um den notwendigen Nachwuchs zu gewinnen und gleichzeitig muss die neue Landesregierung die industrielle Transformation aktiv begleiten. Die für die Wertschöpfung wichtige Thüringer Automobilindustrie braucht gezielte Unterstützung für die Entwicklung zukunftsfähiger, nachhaltiger Geschäftsmodelle und den Erhalt guter, tarifgebundener Arbeit“, so Julia Langhammer vom DGB Hessen-Thüringen.

Hintergrund:

Das Thüringer Bündnis für eine sozialverträgliche Mobilitätswende (SVM) setzt sich für eine gerechte und nachhaltige Mobilitätspolitik ein. Dabei stützt es sich auch auf das Bundesbündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende, das bereits seit 2021 arbeitet. Weitere Landesbündnisse bestehen in Bayern, Hessen und NRW. Die Arbeit orientiert sich an den vier Dimensionen des Grundsatzprogramms des SVM-Bundesbündnisses.

Alle diese Bündnisse zeichnet aus, dass sie auf drei Säulen berufen: Sozialverbände, Gewerkschaften und Umweltverbände. Weiterer wichtiger Bündnispartner ist die Evangelische Kirche. Damit werden viele unterschiedliche Perspektiven zusammengebracht. Die Bündnispartner vertreten gemeinsam hunderttausende Menschen in Thüringen.

Hinweis: Diese Pressemitteilung wird zeitgleich von den Pressestellen der im Bündnis vertretenen Organisationen verschickt. Mehrfacheingänge bitten wir daher zu entschuldigen.